

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Stefan Wirtz und Peer Lilienthal (AfD)

**Urteil des OVG Lüneburg vom 5. März 2019 im Klageverfahren um das Regionale Raumordnungsprogramm. Welche Auswirkungen ergeben sich für Kommunen, Region Hannover und das Land Niedersachsen?**

Anfrage der Abgeordneten Stefan Wirtz und Peer Lilienthal (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 08.03.2019

Am 6. März 2019 berichtet die HAZ, dass die Region Hannover im Klageverfahren um das Regionale Raumordnungsprogramm vor dem OVG Lüneburg verschiedenen Umlandkommunen (u. a. Barsinghausen) unterlegen sei. Demnach sei der Regionsverwaltung bei der Auswahl der Vorrangflächen für Windkraftanlagen ein Fehler unterlaufen. So habe die Behörde neben dem Abstand der Windkraftanlage zu Wohnbebauungen auch den Abstand zu Gewerbeimmobilien in die Beurteilung der Vorrangflächen einbezogen. Dies sei aber nicht vorgesehen, die Beurteilung führe zu fehlerhaften Ergebnissen.

1. Ist das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) der Region Hannover fehlerhaft? Hat das Land Niedersachsen eine Kontrollfunktion?
2. Welche Regelungen gelten nach dem Urteil des OVG Lüneburg für die Errichtung neuer Windkraftanlagen in der Region Hannover?
3. Einige Kommunen der Region Hannover haben eigene Flächennutzungspläne. In welcher Beziehung stehen diese Flächennutzungspläne zu dem RROP?
4. Verzögert sich der Ausbau der Windkraft in der Region Hannover durch das Urteil des OVG? Wenn ja, welche Auswirkung hat die Verzögerung auf die Klimaschutzziele des Landes?
5. Muss die Region Hannover ein neues RROP auf den Weg bringen? Wenn ja, bis wann und in welchem Verfahren?
6. Wurden in der Region Hannover Windkraftanlagen aufgrund fehlerhafter Abwägungen errichtet? Wenn ja, wie viele und an welchen Standorten?
7. Welchen Abstand müssen Windkraftanlagen zu Siedlungen, Einzelhäusern und Splittersiedlungen und zu Gewerbegebieten in Niedersachsen aufweisen?
8. Wie sind die Abstände der Windkraftanlagen zu Siedlungen in den RROP anderer Landkreise geregelt?

(Verteilt am 26.03.2019)